



# Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-  
Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint wöchentlich Sonnabends. — Preis vierteljährlich 1,— Mark. — Anzeigen: die dreispaltige Petitzeile 20 Pfennig, Landes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfennig. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Belegungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbands-Vorstandes. — Der preussische Wahlrechtskampf. — Der 8. christliche Gewerkschaftskongress. — Rum Streik der Papierwaren-Arbeiter und Arbeiterinnen in Ascherleben. — Feuilleton: Reispflaundersien. (VIII. Fortsetzung). — Korrespondenzen (Berlin, Braunschweig, Halle a. S., Hamburg, Kiel, Stuttgart). — Rundschau. — Versammlungskalender. — Adressenveränderungen. — Berechnungen.

Beilage: Massenbericht vom 1. Juli bis 30. September 1912.

Für die Woche vom 20. bis 26. Oktober cr. ist die Beitragsmarke in das mit 43 bezeichnete Feld des Mitgliedsbuches zu kleben.

## Mitteilungen des Verbands-Vorstandes.

Das Mitgliedsbuch Nr. 43 247 auf den Namen Alfred Ritzmann, geboren am 4. Dezember 1887 in Arnstadt (Thüringen), ausgestellt in Götting, ist anzuhalten und dem Verbandsvorstand nebst N.S. Adresse einzusenden. An A. Ritzmann ist keine Unterscheidung auszusprechen.

Der Verbandsvorstand.

J. A.: Paula Ljiede, Vorsitzende

## Der preussische Wahlrechtskampf.

Am 20. Oktober sind vier Jahre verfloßen, seitdem der König von Preußen den neugewählten Landtag mit einer Thronrede eröffnete, in der als wichtigste Aufgabe der Gegenwart die Reform des Dreiklassenwahlrechts bezeichnet wurde. Dieses Versprechen des Königs ist bisher nicht eingelöst worden. Der von dem jetzt amtierenden Ministerpräsidenten im Jahre 1910 unternommene Scheinversuch, eine Reform des Wahlrechts in die Wege zu leiten, wirkte vielmehr als eine Verhöhnung der entrechteten Massen preussischer Staatsbürger. Der Entwurf scheiterte an seinem eigenen Widerspruch während der Verhandlungen in den gesetzgebenden Körperschaften. Die Regierung hat die Einlösung des königlichen Versprechens im Landtage nicht mehr vertreten, sich vielmehr bei der Beratung der fortschrittlichen Anträge hinter die Ausrede verschanzt, im Landtage sei eine Mehrheit für eine Wahlrechtsreform nicht vorhanden.

Am 22. Oktober wird nun der Landtag zu seiner letzten Session vor den im nächsten Jahre folgenden Neuwahlen zusammentreten. Das arbeitende Volk hat ein starkes Interesse daran, bei dieser Gelegenheit den Landtag sowohl als die Regierung daran zu erinnern, daß die Reform des preussischen Wahlrechts im Volke noch immer als die dringlichste Aufgabe der Gegenwart angesehen wird, und daß es nicht geneigt ist, die Entrechtung gebuldig zu ertragen. Die Führerin im Wahlrechtskampfe, die sozialdemokratische Partei, hat für den 20. Oktober Massenversammlungen in Preußen in Aussicht genommen, in denen die preussischen Wächter aber an

das Versprechen der Thronrede von 1908 wieder erinnert werden sollen und die den Willen des Volkes, für die Einlösung des königlichen Versprechens einzustehen, bezeugen werden.

Das große Interesse der Gewerkschaften an der preussischen Wahlrechtsfrage ist von uns wiederholt zum Ausdruck gebracht worden. Dem preussischen Landtage unterstehen wichtige sozialpolitische Gebiete, die in die Arbeitsverhältnisse von Millionen von Arbeitern eingreifen. Ihm untersteht nicht minder die Kontrolle der Ausführung von für die Gewerkschaften wichtigen Reichsgesetzen durch die preussische Regierung und ihre Behörden. Das geltende Dreiklassenwahlrecht sichert einer Minderheit notorischer Arbeiterfeinde die parlamentarische Majorität in Preußen, die rücksichtslos die Interessen der breiten Massen der Bevölkerung niedertreten, den politischen Fortschritt hemmen und allen reaktionären Anschlägen Vorschub leisten. Von dieser Politik werden die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und ihre Organisationen am schwersten betroffen. Sie haben daher ein Lebensinteresse daran, daß die preussische Wahlrechtsfrage auf demokratischer Grundlage gelöst wird, damit auch im preussischen Landtage die gewerkschaftlichen Arbeiterinteressen eine gebührende Vertretung finden.

Es ist bei dieser Sachlage notwendig, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sich an den Versammlungen am 20. Oktober vollzählig beteiligen und dadurch zum Ausdruck bringen, daß die jetzige Grundlage für die Zusammensetzung des preussischen Landtages ihren Interessen und Wünschen ebensowenig entspricht, wie die von diesem Landtage in allen sozialpolitischen und sonstigen Arbeiterfragen bisher eingenommene Haltung.

## Der 8. christliche Gewerkschaftskongress.

h. Die Christlichen machen es einem reichlich schwer, sie objektiv zu beobachten und einzuschätzen. Bei ihrer Tagung in Dresden, die eben zu Ende gegangen ist, machte sich dies besonders bemerkbar. Was hat der Bund der Landwirte mit den christlichen Gewerkschaften zu tun? Ist es ein Kompliment für die interkonfessionell-christlichen Organisationen, wenn ihre Führer konservativ Reichstagsleute und ebenfolche sächsischen Landtagsmännchen einladen? Davon, daß nationalliberale Abgeordnete auf dem Kongress zu finden waren, wollen wir ganz absehen, die Nationalliberalen sind ja, wenn es irgend geht, überall mit dabei. Kritischer wird die Stellung der Christlichen schon wieder, wenn man beobachtet, mit welcher Freude die hohen, höheren und allerhöchsten Behörden zu der Tagung erschienen waren. Sie sind natürlich nicht von allein gekommen, sondern eingeladen worden.

Dagegen wird alles Abstreiten nicht helfen: die so zahlreich erschienenen reichlich gemischte Gesellschaft der Gäste des christlichen achten Gewerkschaftskongresses ist die Folge des Ruhrbergarbeiterstreiks und des christlichen Streikbruchs!

Es bleibt nur die Frage offen, ob die Hunderttausende der christlichen Gewerkschaftsmitglieder sich in der dauernden Gesellschaft dieser Kongressgäste wohl fühlen werden. Delegierte der Tagung gaben im privaten Gespräche uns gegenüber ganz offen zu — ich betone im besonderen das ganz offen — daß ihnen eine Reihe der Gäste durchaus nicht so sympatisch sei, als es öffentlich erscheine. Damit ist aber das gefährliche Moment, das in diesem eifrigen Besuch des Kongresses durch allerlei Leute liegt, für die christlichen Gewerkschaften nicht beseitigt. Laßsache bleibt, daß die gesamte Haltung der christlichen Gewerkschaften seit einem Jahre die Reaktionen aller Richtungen mit gutem Recht daran denken läßt, hier eine Arbeiterbewegung hoch wachsen zu sehen, die ihnen nur nützen kann.

Die Stellungnahme des Kongresses zum Gewerkschaftsstreit war außerordentlich geschickt, und, was nicht vergessen werden darf, auch energisch und deutlich. Die römische Politik wird betrieben durch eine Diplomatie, die eine Jahrhunderte lange Schulung hinter sich hat. Im Bereiche päpstlicher Macht sind immer die feinsten Fäden diplomatischer Kunst gesponnen worden. Zuletzt ist die wechselnde Haltung Roms weniger verursacht durch die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften als mehr durch die Position des Zentrums in Deutschland. Das Zentrum und sein geistlicher Generalstab in Rom hat das größte Interesse daran, im evangelischen deutschen Reiche festen Fuß zu behalten. An anderen Stellen — man denke an Frankreich, an Portugal usw. — wird der herrschende Katholizismus immer mehr zu einer privaten Glaubensangelegenheit des Einzelnen. Rom braucht Deutschland, und Deutschland — hier ist die Bethmann Hollwegsche Regierung gemeint — braucht die christlichen Gewerkschaften, weil sie als die einzigen ernsthaften Gegner der freigerwerkschaftlichen selbstbewußten Arbeiterbewegung benutzt werden sollen. Rom kann sich die deutschen Gläubigen nur durch Proklamierung seines starren Formenglaubens halten, deswegen kam der Pfingstfesten über die katholischen Fachvereine, Rom bekommt aber Deutschland immer wieder nur im Einverständnis mit seiner Regierung, und die braucht die christlich-interkonfessionellen Gewerkschaften und den verwirrtesten Katholizismus.

So oder so, die christlichen Gewerkschaften sind eine Ziffer im Rechenexempel anderer, daher ist ihre neuerliche Stellungnahme zum sogenannten Gewerkschaftsstreit außerordentlich bedeutungsvoll. Die Freude im freigerwerkschaftlichen Lager über den Schlag gegen den Verräter am Ruhrbergarbeiterstreik und Konkurrenten um den Unorganisierten hat die nüchterne Laßsache überdönt, daß mit einer rein christlich-feindlichen Arbeiterbewegungstaktik nicht uns und nicht den Arbeitern überhaupt, sondern nur ihren Gegnern, im weitesten Sinne den Kapitalisten gedient ist. Das beweist nicht zuletzt die heutige Situation im Ruhrgebiet, wo sich die christlichen und die freigerwerkschaftlichen Organisationen beinahe gleich stark gegenüberstehen — auf dem Worte gegen-

überstehen liegt die Betonung. Diese Tatsache, die für den nächstjährigen Bauarbeiterkampf und vieles andere von größter Bedeutung ist, klang in ihrer Wichtigkeit auch bei manchem Redner des christlichen Kongresses hindurch.

Hier kommen wir aber auch gleich in den direkten Zusammenhang mit einem anderen wichtigen Moment der Lagung: die ewige Zammerei über den freigewerkschaftlichen Terrorismus. Wenn ein Vertreter des Gutenbündchen oder der sogenannten graphischen Organisation — die sich dadurch auszeichnet, daß in ihr kaum ein Arbeiter organisiert ist — aufsteht, und als ebenso groß angesehen zu werden wünscht, wie die Organisation der Deutschen Buchdrucker oder des Senefelder-Bundes, so ist das eben nichts weiter als eine grenzenlose Ueberschätzung des zwar reichlich groß geschriebenen, in Wirklichkeit aber doch recht kleinen Ich. Unter hundert freigewerkschaftlich organisierten Buchdruckern wird ein Christlicher immer die beachtete oder richtiger die viel betrachtete Ausnahme sein. Wenn nun Vertreter solcher Organisationen, wie Gutenbündler, graphisches Verbändlein, Gewerkschaft der Nahrungsmittelarbeiter und andere daher kommen und verlangen, daß sie, die nur 1 sind, der 99 gleich gestellt werden, so entspricht das weder Adam Riese noch der — christlichen Praxis, die eben auch überall dort, wo sie 99 ist und die freigewerkschaftlichen Organisationen nur 1, sich als ausschlaggebender Faktor betrachten.

Nun zu den Verhandlungen selbst. Die Sitzung des ersten Kongrestages begann mit einer schauerlichen und geduldig angehörten Fülle von üblichen Begrüßungsschwäzereien, die nur in einigen wenigen Fällen von politischer Bedeutung waren. Inwieweit die Gäste in ihrer Anwesenheit für die christlichen Gewerkschaften als recht charakteristisch erscheinen, besprachen wir schon weiter oben.

Den Bericht des Ausschusses des Gesamtverbandes und das Referat über die Stellung der christlichen Gewerkschaften zu den politischen und geistigen Kämpfen der Gegenwart gab Stegerwald-Cöln, der Führer der christlichen Gewerkschaften. Zum ersten Punkte gehört natürlich auch die Stellung der christlichen Gewerkschaften im Ruhrbergarbeiterstreit. Dies-

berits, der alte Prattiker, formulierte aber die Stellung und Meinung der christlichen Gewerkschaften in dieser Frage viel besser, er sagte einmal: wer uns erzählen will, daß der freigewerkschaftliche Ruhrbergarbeiterstreit aus gewerkschaftlichen Gründen durchgeführt wurde, ist ein gewerkschaftlicher Idiot. . . .

Die Stellung im Gewerkschaftstreit kennzeichnete Stegerwald scharf und gegen Rom beachtenswert energisch: Im übrigen bleiben wir, was wir waren und sind! Das ist eine recht energische und, um ganz offen zu sein, gar nicht erwartete Abgabe an die Bestzer des Pfingstfestes und den heiligen Vater. Wenn die christlichen Gewerkschaftler bei dieser Abgabe noch betonen, daß sie natürlich dafür sind, daß die Arbeiter noch in konfessionelle Vereine gehen, um ihre geistigen Interessen zu pflegen, so war dies ein Pfaffen auf die Wunde, ein geschickter Schachzug, weiter aber auch nichts.

Die Auseinandersetzungen des Kongresses über die neueren Richtungen in der Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik zeigten recht deutlich das Bestreben der Christlichen, in ihrer Bewegung auch theoretischen Grund zu finden. Es ist ihnen noch reichlich wenig gelungen. Die Diskussion über dieses Problem endigte bestwegs mit einer Auflösung von — Mißverständnissen.

Die Kartellfragen, die ebenfalls als besonderer Punkt auf der Tagesordnung standen, zeigen uns, wie sehr in der Organisationsphase die Christen den freien Gewerkschaften nachharten.

Politisch gefärbt erschien dann wieder das Referat und die Diskussion über den Punkt: Staatsangestellte und — Arbeiter in der christlich-sozialen Arbeiterbewegung. Alle Redner betonten so eifrig den absoluten Streikverzicht der christlich-nationalen Eisenbahner- und Staatsangestelltenorganisationen, daß der Vorsitzende des Kongresses dann klug genug war, besonders zu betonen: der christlich-nationale Streikverzicht bezieht sich nur auf die Staatsangestellten, nicht auf die christlichen Gewerkschaften überhaupt. Diese Feststellung war aber auch recht notwendig, denn die Debatte zu dem eben angegebenen Punkte war so schändlich arbeitserfeindlich, daß man leicht auf andere Gedanken kommen konnte. Mit den ge-

fährlichsten Waffen der Verleumdung und Denunziation schimpften alle Redner zu diesem Punkte der Tagesordnung auf den Süddeutschen Eisenbahnerverband, den Deutschen Militärarbeiterverband und die — Sozialdemokratie.

Dann wurde über Arbeitsrecht, Arbeitsnachweis und Arbeitslosenfürsorge gesprochen. Daß dabei wieder vom Terrorismus der freien Gewerkschaften gesprochen wurde, durch den sich die bösen freien Gewerkschaftler die Arbeitsnachweise zu monopolisieren verständen und ähnliches Zeug, ist selbstverständlich. Ueber Arbeitsrecht sprach als erster Referent ein Referendar — das sagt schon alles genügende über die Qualität.

Ein sogenannter großer Moment war es, als Freiherr von Berlepsch über das Thema Schieds- und Einigungsweisen sprach. Selbstverständlich sind auch hier die freien Gewerkschaften an allem Bösen schuld. Wenn die christlichen Gewerkschaften gegen Arbeitswillensschutz ankämpfen, wenn sie die Selben als Arbeiterorganisationen strikte ablehnen, wenn sie Ausbau der Sozialgesetzgebung auch in Bezug auf Arbeitsrecht und kollektiven Arbeitsvertrag und ähnliches fordern — in all diesen Dingen werden wir mit ihnen stets einer Meinung sein.

Im übrigen sollen sich die Christlichen aber vor ihren neuen Freunden hüten, auch Schwarz können ja die Selbstsucht bekommen!

## Bum Streik der Papierwaren-Arbeiter und -Arbeiterinnen in Adersleben.

Von den beteiligten Firmen H. C. Besthorn, Georg Gerjon und Hoppe u. Unger wird wiederholt das Gerücht verbreitet, der Streik sei beendet und die Differenzen beigelegt. Daß dieses nicht der Fall ist und der Streik mit ungezügelter Kraft fortgeführt wird, beweisen die Kontrolllisten, die im Gegenteil ein Ansteigen der Zahl der Streikenden aufweisen. Auch eine überaus zahlreiche besuchte Versammlung am Freitag, den 11. d. M., in der Verbandsvorsitzender Kloth-Berlin referierte, zeigte, daß die Streikenden gar nicht daran denken, den Kampf aufzugeben. Der Referent führte aus, daß die Reisenden der Firma H. C. Besthorn im Lande herumziehen und der Kund-

## Reiseplaudereien.

Von Ad. Thiele.

(Fortsetzung. VIII. An der Riviera.)

Da ist Nizza mit über 100 000 Einwohnern. Die wohlgepflegten Straßen und Plätze verraten die Fremdenstadt. Im Winter drängen sich denn hier auch an 20 000 Fremde zusammen, Amerikaner und Engländer, Deutsche und Russen, Polen und Franzosen; alles reiche Leute. In Croce di Marino und anderen Vorstädten stehen ihnen Villen ganz nach Geschmack zur Verfügung; vom einfachen Landhause bis zum luxuriös eingerichteten Schlosse ist alles vertreten. Im Norden schließt eine Bergreihe, die am unteren Hange mit Orangen- und Zitronenhainen bedeckt ist, die Stadt während des Winters vor dem Eindringen kalter Nordwinde. Vom Süden her mischert die kühlende Seeluft die Hitze der Sommermonate. Es mag sich gut leben lassen hier. Schneefeld umflößt die kühle Luft. Die ganze Stadt atmet Wohlleben und verlangende Lüfterheit. Wird für die „sturgäste“, die auch im Sommer zahlreich sind, ein Korso veranstaltet oder ein Gesellschaftsabend, so kannst du Damen in Toiletten sehen, die ein kleines Vermögen repräsentieren und einen strebsamen deutschen Staatsanwalt veranlassen könnten, eine Massentlage wegen Aufreizung zum Massenhaß anzustrengen. Doch nein; er würde das nicht tun. Schon aus anderen Gründen nicht. Aber selbst wenn ihm eine solche Klage läge, er würde sie unterlassen; denn das geschmeidige Nizza würde seine bornirtesten Instinkte zähmen.

Nizza ist französisch. Etwa zwanzig Kilometer davon entfernt liegt in der Richtung nach Genua zu das Fürstentum Monaco. Das ganze Ding umfaßt noch keine 22 Quadratkilometer und mag jetzt 25 000 Einwohner zählen. Der Fürst

ist durch keine Verfassung gebunden, erhebt aber auch keine Staatssteuern. Er kann sich leisten, eine „Armee“ von 75 Mann und 50 Genarmen aus eigenen Mitteln zu erhalten. Denn ein halbes Stündchen von der Stadt entfernt, die herrlich auf einer ins Meer vorspringenden Fels-terrasse liegt, erhebt sich das berühmte Monte Carlo mit seinem weit ins Meer schauenden, prächtigen Prachtbau des Casinos, das die Spielfälle birgt. Du weißt genug von den Standarten, die sich hier schon zugetragen haben. Aus eigener Beobachtung könnte ich dir auch keine neuen berichten; denn ich habe dem Spiele nicht beiliegen können, weil im Sommer nachmittags überhaupt nicht gespielt wird. Der Winter ist die Hauptzeit für den gleichfalls „von Gottes Gnaden“ seines Amtes waltenden Fürsten, dem die Erträge der Spielhölle zufließen. Trotzdem hungerten auch jetzt in den stillen Nachmittagsstunden ein halbes Duzend Tagediebe, in strohene Bedientenlivreen gesteckt, am Hauptportale des Casinos herum, und in den Parkanlagen strichen beständig Wärter herum, obwohl von dem halbem Duzend Touristen, das zurzeit den Park bevölkert, keiner Reizung hatte, sein Leben an einem Baumaste zu befehlen, wie es schon mancher getan hat, dessen Geld der Kroupier oben in einem der Spielfälle mit der Krücke an sich gezogen hatte.

Wir waren von Nizza aus mit der elektrischen Straßenbahn hergefahren. Eine solche Fülle von zaubernd lieblichen oder auch großartigen Landschaftsbildern, wie sie dem Auge auf dieser kurzen Strecke geboten werden, ist selten auf so kurzem Raume zusammengedrängt. Bald fesselte dich auf der Landseite die mächtig sich aufstreckenden Bergriesen mit ihren grotesken Formationen, bald die unendlich anmutigen, beständig wechselnden Szenarien auf der Seeseite. Du wirst nicht satt zu sehen. Von Sevilla sagt der Spanier

stolz: Quien no ha visto a Sevilla, no ha visto manavilla, wer Sevilla nicht gesehen, sah ein Wunder nicht. Mag sein. Dann aber muß der Teil der Riviera zwischen Nizza und Mentone, das noch zwölf Kilometer jenseits von Monte Carlo liegt, als fünf Wunder zählen.

Von Mentone aus führte uns die Bahn nach Genua zurück. Ventimiglia ist die Grenzstation zwischen Frankreich und Italien. Man kann nicht sagen, daß es den Reisenden hier besonders bequem gemacht wird. Von Genua aus hatten wir einen Zug benutzt, der nur bis Ventimiglia ging. Als ich dann hier am französischen Fahrkartenschalter die Billets nach Nizza mit italienischem Gelde bezahlen wollte, weil ich noch kein französisches eingewechselt hatte, wurde ich glatt zurückgewiesen, obwohl der französische Münzfuß und die Münzeinheit genau dem italienischen gleicht, und obwohl man sonst hätte wie drüber ohne Weiterungen Münzen des Nachbarstaates annimmt. Solchen kleinen Bureaunkräutern begegnest man also nicht allein in Deutschland. In London beispielsweise gab ich ein Duzend Ansichtskarten nach Deutschland zur Post — der Hentler fristaffere übrigens den, der das Laster des Ansichtspostkartenschändens aufgebracht hat. Um Zeit und Porto zu ersparen, hatte ich einen kleinen Stempel mitgenommen, der meinen Namen und vorher die Worte „Besten Gruß von“ trägt. Nun ist aus der Ansichtskarte eine Drucksache geworden, die nach dem Auslande nicht einen Penny oder zehn Centimes kostet, sondern nur die Hälfte. Der Londoner Postbeamte trug jedoch Bedenken, weil oben auf der Karte das Wort Post Card vorgebracket sei, die nach dem Auslande tarifgemäß einen Penny koste. Ich überlegte nicht lange, sondern strich das bedeutungsvolle Post Card durch. „Nun ist's richtig“, sagte der Beamte erfreut und nahm die Karten an.



schafft vorzuschwindeln, die Differenzen seien beigelegt, die Kundschaft dürfe ruhig weiter bestellen. Besonders wendeten sich die Reisenden mit diesen Schwindeleuten an die Konsumvereine. Die Firma S. C. Westhorn gehe jetzt mit Klagen vor gegen die, die bei der Ausperrung mit ausgehört hätten, ohne ihre Kündigungsfrist auszuhalten. Es sei das ein eigentümliches Beginnen, passe aber ganz in den Rahmen des sonstigen Verhaltens der Firma gegenüber der Arbeiterschaft.

Gelegentlich der Einweihung des Westhornhauses sei von einem namhaften Gelehrten eine Festschrift geschrieben worden. Der Verfasser der Festschrift habe zugegeben, daß er die Angaben dazu von den Herren Kommerzienräten Westhorn erhalten habe. In einem Briefe habe der Verfasser von beschämend niedrigen Löhnen gesprochen. Diese Tatsache müßte den Herren Kommerzienräten zu denken geben, daß es so nicht weiter gehen könnte. Auf Veranlassung der Firma Westhorn seien den außerhalb wohnenden streikenden Arbeitern und Arbeiterinnen von der Preußischen Eisenbahnverwaltung die Arbeiter-Wochenkarten entzogen worden. Der Prokurist der Firma S. C. Westhorn, Herr Döring, sei dagegen beobachtet worden, daß er ohne Bahnsteigkarte die Bahnsteigperrre passieren durfte. Es wird also auch bei der Eisenbahn mit zweierlei Maß gemessen. Die Presse am Orte schweige die Lohnbewegung tot. Auch das sei auf den Einfluß der Firma S. C. Westhorn zurückzuführen. Leider müssen wir auch der Parteipresse, der hier geleseenen Magdeburger Volksstimme, den Vorwurf machen, daß sie den Kampf nicht in der gehörigen Weise unterstützt. So sei außer einigen früheren Einblendungen jetzt wieder ein durch das Pressebureau gegangener Artikel nicht gebracht worden. Man müsse von der Volksstimme erwarten, daß sie in ihrem Verbreitungsgebiet abspielenden Kämpfe mit aller Kraft unterstütze. Sehr richtig sei in diesem Kampfe auch die Haltung der Heimarbeiterrinnen, diese hätten schließlich die Kosten mit zu tragen, falls der Kampf ungünstig verlief. Daß die Fabrikanten auch höhere Löhne zahlen könnten, beweise die Firma Gerson, die einigen Streikbrechern pro Tag 3,50 Mk. und freie Kost und Logis gewähre. Möge der Kampf auslaufen wie er wolle, Ruhe würden die Herren nicht bekommen, bis die Löhne andere geworden seien. Ganz Deutschland blicke auf die Kämpfenden in Aschersleben, mögen sie aushalten im Kampfe, bis der Sieg errungen.

Die Kollegen Kornacker und Langkopf sowie die Kollegin Wosse ergänzten die Ausführungen des Referenten. Kornacker führte aus, die Situation für die Streikenden würde mit jedem Tage günstiger. Erst jetzt, nachdem die Lagerbestände aufgebraucht seien, kämen für die Firmen die eigentlichen Schwierigkeiten. Aus sicherer Quelle wisse man, daß von der Firma S. C. Westhorn im vorigen Monat allein 4000 Zentner Ware weniger versandt seien als sonst. Der Ausfall würde jetzt noch bedeutend größer werden, nachdem die Lagerbestände geräumt seien. Die Verlegenheit der Firmen zeigte sich auch darin, daß jetzt die Werkmeister, ja sogar die Kontorbeamten, die sonst entlassen wurden, wenn sie einmal mit einer Arbeiterin sprachen, in die Wohnungen der Arbeiterinnen gehen und sie unter Verprechung von Lohnzulagen auffordern, wieder zur Arbeit zu kommen. Der weitere Zusammenhalt im Kampfe müsse nach der Lage der Dinge unbedingt den Erfolg im Kampfe bringen.

\* \* \*

Die Ganznummer im Verhalten der Firma S. C. Westhorn gegenüber ihrer Arbeiterschaft bildete eine Gewerbegerichtsklage gegen drei Arbeitsburschen und sieben Arbeiterinnen, die am 14. d. Mts. zur Verhandlung stand. Diese Arbeiter und Arbeiterinnen hatten am 20. September, als die Versammlungsbesucher vom 19. September entlassen wurden, die Arbeit mit niedergelegt, ohne ihre Kündigungsfrist einzuhalten. Die Herren Kommerzienräte Westhorn, die vor acht Tagen gelegentlich der Abschiedsfester des früheren Oberbürgermeisters im Westhornhause für ein Frühstück ohne Wein 4 Mk. zahlten, die vor etwa einem Jahre dem Deutschen Kaiser ein Gemälde von über 100 000 Mk. zum Geschenk machten, klagten gegen diese armen Arbeiter und

Arbeiterinnen auf Grund des § 124 b der R.G.O. auf Entschädigung in Höhe von 5,40 Mk. bis 7,80 Mk. für die Einzelnen. Als die Herren bemerkten, daß der § 214 b für so reiche Kommerzienräte mit einem Betriebe von über 20 Personen nicht zur Anwendung gebracht werden konnte, änderte sie die Klage ab und zogen ihre Arbeitsordnung an, die in solchen Fällen eine Entschädigung in Höhe eines durchschnittlichen Wochenlohnes vorsieht. Entgegen allem Erwarten wurden diese armen Arbeiter und Arbeiterinnen zur Zahlung dieser von der Firma geforderten Entschädigung verurteilt, obgleich in einer anderen Klage zeugeneidlich festgestellt wurde, daß der Herr Kommerzienrat Richard Westhorn wenige Tage vorher allgemein in einigen Sälen des Betriebes gesagt hatte: „Wer hier nicht zufrieden ist und sich wohl fühlt, der mag gehen, wir halten keinen, raus, immer raus!“ In diesem Falle wurde der Entschädigungsanspruch zweier Klägerinnen abgelehnt, die sich direkt entlassen fühlten, weil diese Äußerung des Herrn Kommerzienrates als allgemein für alle gültig ausgesprochen sein sollte. In jenem Falle aber wurden arme Arbeiter und Arbeiterinnen zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt, weil sie einer solchen allgemein gehaltenen Äußerung glaubten, Folge leisten zu dürfen. Geradezu die Lachmuskeln reizend wirkt es, daß die Firma eine Arbeiterin mit verklagte, die sie selbst entlassen hatte, gegen die sie dann die Klage zurückziehen mußte. Eine Arbeiterin wurde zur Zahlung einer Entschädigung in Höhe eines durchschnittlichen Wochenlohnes verurteilt, obgleich ihre Kündigung am 21. d. Mts. abließ, während sie am 20. d. Mts. die Arbeit niederlegte. Daß einige mit verurteilt wurden, die längst wieder bei der Firma in Arbeit standen, sei nur nebenbei bemerkt. Interessant ist ferner, daß eine Arbeiterin verurteilt wurde, die wegen einer gegen sie gerichteten Äußerung: „Halten Sie die freche Schnauze“, gegangen war. Der Vorsitzende des Gerichts konnte hierin eine Beleidigung nicht erblicken und stellte ausdrücklich fest, ohne den Widerspruch des Vertreters der Firma zu finden, daß solche Ausdrücke an der Tagesordnung seien. Diese Feststellung ist bezeichnend für den guten Ton, der im Betriebe der Herren Kommerzienräte herrscht. Geradezu lässlich ist es aber, daß die Herren Kommerzienräte Westhorn es sich durch Gerichtsurteil bestätigen lassen, daß sie durchschnittliche Wochenlöhne von 5,40 Mk., 6,60 Mk. und 7,80 Mk. an ihre Arbeiter und Arbeiterinnen zahlen. Wir danken den Herren für diese Bereicherung unseres statistischen Materials. Das Urteil darüber überlassen wir der staunenden Mitwelt.

## Korrespondenzen.

Berlin. Eine vom Vorstand der Zahlstelle Berlin einberufene Gruppenversammlung des Steindruckerei-Hilfspersonal fand am 15. September statt, in der die Verbandsvorsitzende Kollegin Thiede über „Die Lehren der Bewegung 1911/12 und wie können wir unserer Kollegenschaft nützen“ referierte. Die Rednerin entrollte in anschaulicher Weise ein Bild von den Ursachen und dem Verlauf der letzten Kämpfe im Steindruckgewerbe, dabei besonders betonend, daß die Kollegenschaft jetzt erst recht die Pflicht habe, sich um die Frage der Organisation zu scharen und gegen ihre vielen Widersacher zu Felde zu ziehen. In der Hand eines reichhaltigen Materials beleuchtete sie die Unternehmerschutztruppen, die gelben Organisationsverbände, welche sich jetzt auch im Steindruckgewerbe breit zu machen versuchen. Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag entspann sich eine längere Diskussion, als deren Ergebnis die Wahl einer fünfköpfigen Agitationskommission zu verzeichnen ist, der die Aufgabe zufällt, für die weitgehendste Ausbreitung des Organisationsgedankens zu sorgen.

Brannschweig. Mitgliederversammlung am 12. Oktober. Kollege Pieper erstattete Bericht von der Gewerkschaftskonferenz in Langelsheim. Besonders von Bedeutung ist der Beschluß, wonach das Gewerkschaftsstatut, insbesondere die einzelnen Bezirksstellen des Herzogtums, eine intensive Agitation unter der unorganisierten Arbeiterschaft betreiben wollen; hoffentlich bringt es auch für unsere Organisation nennenswerte Neuaufnahmen von Mitgliedern. Usdamm gab der stellvertretenden Kartelldelegierte den Bericht von der letzten Kartellitzung. Insbesondere wies er

darauf hin, daß laut Bekanntgabe der Gewerbeinspektion sich dieses Jahr bis jetzt leider wieder 1796 Unfälle, davon 18 tödlich verlaufene, sich ereignet haben. Der Redner kritisierte noch scharf die in dem herausgegebenen Bericht der Gewerbeinspektion enthaltene Äußerung, wonach die Arbeiterschaft zum großen Teile viel mit aus Nachlässigkeit an den entstandenen Unfällen selbst schuld wäre. Dieser Vorwurf habe nur vereinzelt Berechtigung, zumest sei die Untreue seitens der Meister und Unternehmer an den vielen Unfällen schuld, daher komme es, daß die Arbeiterinnen und Arbeiter die nötigen Vorsichtsmaßnahmen außer Acht lassen. Selbstverständliche Pflicht der Kollegenschaft ist es, wo sie mangelhafte oder gänzlich fehlende von Sicherheitsvorrichtungen und sanitären Mißständen bemerkt, dieses sofort dem Vorstand zu melden, der dann für Abhilfe sorgen wird. Der Vorsitzende gab sodann bekannt, daß der Gauleiter, Kollege Sparckh-Hannover, ihn benachrichtigt habe, daß er in der nächsten Mitgliederversammlung ein Referat über „Gewerkschaften“ halten wolle, was seitens der anwesenden Mitglieder begrüßt wurde. Unbedingte Ehrensache ist es, daß in dieser Versammlung sämtliche Kolleginnen und Kollegen erscheinen und nicht hinterm Ofen sitzen bleiben, oder am dem Abend sonst wo zu finden sind, nur da nicht, wo sie hingehören. Es sei besonders noch darauf aufmerksam gemacht, daß am 20. Oktober unser 4. Stiftungsfest stattfindet und es wird erwartet, daß sich keiner davon ausschließt, sondern nebst seinen Familienangehörigen daran teilnimmt.

Halle a. S. Mitgliederversammlung vom 21. September 1912. Das Protokoll wurde genehmigt, der Vortrag des Arbeiter-Sekretärs Gildenberg über Arbeiter- und Arbeiterinnen-schutz mußte zurückgestellt werden. Kollege Müller gab den Kartellbericht und ersuchte den Vorstand, einige Delegierte zu dem Vortragskursus über die Reichsversicherungsordnung zu entsenden. Der Kursus ist unentgeltlich. Unter Verbandsangelegenheiten führte der Vorsitzende an, daß der Faktor der Saale-Zeitung bei Herrn Heißmidt (Baisenhau) anfragt, ob er ohne Nachweis einen Arbeiter einstellen könnte. Der Vorsitzende der Tarifkommission, Herr Schwarz, gab die Auskunft, daß eine Ausnahme mal gemacht werden könnte. Die Versammlung erwartet aber, daß aus der Ausnahme nicht Regel wird, denn auch bei der Firma Curt Riechmann wurde eine Arbeiterin ohne Nachweis eingestellt. Der Kollege Schöbe führte an, daß über die Benutzung des Nachweises durch die Mitglieder und auch der Kontrolle schärfere Maßnahmen getroffen werden müssen. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: „Jedem Mitgliede, welches sich nicht täglich im Nachweis meldet oder ihn umgeht, wird die Arbeitslosenunterstützung entzogen, gleichfalls betrifft es diejenigen Mitglieder, welche aus wichtigen Gründen die Arbeit verlassen, ohne daß die Kündigungsfrist eingehalten wird. Im Wiederholungsfall wird Ausschluß aus dem Verbands vollzogen.“ Ein solcher Fall, wo eine Kollegin ohne Kündigung die Arbeit bei der Firma Kubnt eingestellt hatte, wird dem Vorstand überwiesen. Moniert wurde noch, daß verschiedene Mitglieder längere Zeit mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, es soll streng statutarisch verfahren werden.

Hamburg. Mitglieder-Versammlung am 5. Oktober. Kollege Sellge gab den Tod des Kollegen Franz Fiedler bekannt, dem die Mitgliedschaft durch Erheben von den Plätzen die letzte Ehre zuteil werden ließ. Kollege Kirchner gab sodann die Abrechnung vom Sommerfest. Bei einer Einnahme von 284,77 Mk. und einer Ausgabe von 217,55 Mk. konnte er einen Ueberschuß von 67,22 Mk. buchen. Dem Kassierer wurde auf Antrag Decharge erteilt. Ueber unseren diesjährigen Gantag sprach Kollege Lohse, der die Notwendigkeit des Gantages begründete, aber gleichzeitig betonte, daß nur Scherzen die Gantbeiträge abgerechnet habe, die anderen Zahlstellen wie Bremen, Kiel und Lübeck selbst auf besonderes Auftragen sich nicht äußerten. Redner empfahl, die Kosten wieder Voranschussweise wie voriges Jahr aus unserer Ortskasse zu decken. Nach einer regen Diskussion entscheidet sich die Versammlung mit großer Majorität für die Abhaltung eines Gantages. Als Delegierte wurden gewählt die Kollegen Sellge, Kirchner und Reese. Kollege Lohse hielt sodann ein Referat über Agitation der Mitglieder und Versammlungsbesuch, welches darin abzielte, daß die Agitation bedeutend intensiver betrieben werden müsse, dazu sei die Arbeit aller Mitglieder nötig. Die Mitgliederversammlungen müssen ständiger besucht werden. In den Druckereiverfassungen solle man nicht die kleinsten Momente vorbringen, sondern auch dafür

forgen, die Lust zum Besuch dieser Versammlungen zu heben. Das kann geschehen, wenn ein größerer Kreis der Kollegen sich mehr an allen Veranstaltungen der Arbeiterbewegung beteiligt und so das Verständnis für diese gehoben wird. Ständige Arbeit und Ausbildung bringen erst das volle Verständnis für das Streben der Arbeiter. Das soll keiner vergessen und darnach handeln. An der Arbeitsstätte, im Verkehr mit Freunden und Kollegen muß immer und immer wieder der eine Ton heraus zu hören sein, daß das Leben und Wirken jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin der modernen Arbeiterbewegung gehört. All die häßlichen kleinlichen Sachen, die auf der Arbeitsstelle so häufig zu finden sind, sollten unterdrückt werden, und jeder möge keinen Augenblick vergessen, im Interesse der Arbeiterbewegung zu arbeiten. Zu dem Referat äußerte sich der Kollege Reben, der darauf hinwies, daß bei der Firma Kuer u. Co. die ganze „Elite“ arbeitet, aber selten einer sich mal in die Versammlung verläßt. Auch von Kaufmann u. Co. waren von 90 bis 100 Mitgliedern 5 Personen anwesend. Ein trauriges Beispiel für unseren Versammlungsbesuch durch die Kollegen und Kolleginnen. Hohm schloß sich den Ausführungen der Vordredner an und betonte, daß noch mehr Bildung in unsere Reihen hineinkommen muß, deshalb müßten sich die Mitglieder mehr um das Arbeiterbildungsweesen kümmern; es besuchten von unseren 900 Mitgliedern nur vier die Bildungsabende und dann noch nicht mal regelmäßig. Rupp fragt an, wie es mit dem Ausschluß der beiden Kollegen vom Fremdenblatt steht. Lohse machte den Vorschlag, eine Sitzung abzuhalten, wo die früheren Vertrauensleute und die zwei Kollegen anwesend sein sollen; dem wird zugestimmt. Eine auf Antrag vorzunehmende Zellerammlung zum Bannerfonds ergab 9 M.

**Kiel.** Am 1. Oktober fand eine Mitglieder-versammlung statt. Es wurde beschlossen, daß Mitglieder unter 18 M. Lohn 10 Pf. pro Monat, diejenigen über 18 M. Lohn 10 Pf. 14-tägig als Ortsbeitrag zu entrichten haben. Denjenigen Mitgliedern, welche mit diesen Beiträgen im Rückstand bleiben, sollen dieselben bei einer eventuellen Finanzspruchnahme von Unterstufungen abgezogen werden. Es wurde ausdrücklich bestimmt, daß das Geld, welches aus den Ortsbeiträgen zusammenkommt, nicht zu Verwaltungszwecken verwendet werden darf, sondern nur für bedürftige Mitglieder oder sonstige Ausgaben, für die die Hauptkassa keine Deckung vorfindet. Daraufhin wurde noch beschlossen, daß die örtlichen Verwaltungskosten in Zukunft von der Hauptkassa getragen werden sollen, weil wir mit den 7 1/2 Prozent nicht auskommen können. Als Delegierter zum Gautag in Schwerin wurde Kollege Reefe gewählt. Aus dem Kartellbericht ist hervorzuheben, daß die Kollegen ihre Einkäufe nicht am Sonntagmorgen machen sollen, da die Handelsangelegenheiten danach hinstreben, am Sonntag völlige Arbeitsruhe zu erhalten, und wir sie in dieser Hinsicht unterstützen müssen.

**Stuttgart.** Monatsversammlung am 23. September. Kollege Werner teilte mit, daß der Verband seinen Anschluß an die Städtische Arbeitslosen-Unterstützung angemeldet hat. Hierauf erhielt Kollegin Thiede-Verlin das Wort zu ihrem Vortrag über „Unsere Organisation, ihre Erfolge und ihre Feinde“. In leicht verständlicher Weise führte sie den Anwesenden den Zweck und die Ziele der Gewerkschaften vor Augen, die darin ihre Hauptaufgabe sehen, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für ihre Mitglieder zu erreichen. Diese Bestrebungen sind nicht ohne Erfolg geblieben. Auch hier in Stuttgart haben wir Erfolge zu verzeichnen. Die erungeneigten Vorstände gingen früher oft wieder verloren, was jetzt durch Abschließen von Tarifen und durch das Einsetzen der Schiedsgerichte entschieden besser geworden ist. Wir haben aber noch lange nicht alles erreicht; aber gute Fortschritte zu verzeichnen. Hierauf geht die Referentin auf die Unterstützungs-Einrichtungen der Gewerkschaften ein. Durch diese Einrichtungen wird wohl das beste Solidaritätsgefühl zum Ausdruck gebracht. Als Gegenorganisation haben sich nun die Prinzipale die sogenannten gelben Organisationen geschaffen, um Uneinigkeit unter die Arbeiter zu tragen. Diese Organisationen werden von den Unternehmern auch in finanzieller Hinsicht unterstützt. Bei Lohnbewegungen rechnet der Unternehmer auf diese Leute, damit sie ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen sollen. Ueber diese Feinde der freien Gewerkschaften müssen wir unsere Mitglieder aufklären. Hierauf verbreitet sich die Rednerin über die neue Volksversicherung. Dieselbe ist eine Schöpfung der freien Gewerkschaften und der Großhandels-Gewerkschaft. Bei dieser Versicherung gehen, im Gegensatz zu den

bürgerlichen Versicherungen, bei Zahlungs-einstellungen die eingezahlten Beiträge nicht verloren. Zum Schluß fordert sie die Mitglieder auf, kräftig mitzuarbeiten an dem Weiterbau der Organisation, denn die Befreiung der Arbeiter muß das Werk der Arbeiter selbst sein. Reicher Beifall lohnte die Referentin für ihre trefflichen Ausführungen. Hierauf gab Kollege Werner den Kartellbericht. Es hat eine Sitzung stattgefunden, in welcher die Baufrage des Gewerkschaftshauses behandelt wurde. Es wurde der frühere Beschluß dahingehend geändert, daß weibliche Mitglieder nur 1 M. bezahlen sollen. Unter „Verschiedenes“ wurde noch das Verhalten der Kollegenchaft der Firma Diez einer scharfen Kritik unterzogen, da dieselben seit einem Jahr die Veranstaltungen des Verbandes nicht mehr besuchen. Mit einem Appell an die Anwesenden, unablässig für den Verband zu werden, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

## Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes im August war nicht wesentlich vom Vormonat verschieden, so berichtet das Reichsarbeitsblatt.

In der Industrie hat sich laut eingegangener Berichte die Beschäftigung im August zumeist auf der Höhe des Vormonats gehalten, doch waren einige Industrien wegen der noch nicht begonnenen Saison weniger gut beschäftigt.

Die Berichte über die Lage der Buch- und Zeitungsdruckereien lauten nicht einheitlich. Stuttgart und die meisten Berliner Berichte sprechen von einem guten Geschäftsgang, Leipzig und Frankfurt a. M. schildern die Lage als nicht befriedigend.

Nach den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungsgrad im August eine beträchtliche Zunahme gegenüber dem Vormonat erfahren. Es ergab sich am 1. September eine Zunahme der versicherungspflichtigen Mitglieder, abzüglich der erwerbsunfähig krank gemeldeten, von insgesamt 27 211 (plus 13 227 männliche, plus 13 984 weibliche Mitglieder). Im Vormonate verminderte sich der Mitgliederbestand um 2801, im Vorjahres-vormonate vermehrte er sich um 15 738. Gegen den Jahresbeginn ist der Beschäftigungsgrad, wenn man den Bestand am 1. Januar 1912 gleich 100 setzt, beim männlichen Geschlecht auf 107, beim weiblichen auf 102 gestiegen.

Ueber die Arbeitslosigkeit im August d. J. berichten 50 Verbände mit 2 125 861 Mitgliedern; von diesen waren im August d. J. 1,7 v. H. gegen 1,8 v. H. im August 1911 und im Juli d. J. arbeitslos; es ist also gegen den Vormonat, sowie gegenüber dem Vorjahr eine kleine Verbesserung eingetreten. In den Verbänden des polygraphischen Gewerbes stellt sich Mitgliederzahl und Arbeitslosigkeit wie folgt:

Organisation	Mitglieder	Arbeitslose			
		am Ort	auf der Reise	auf 100 Mitglieder	August 1912/1911
Hilfsarbeiter	15887	842	6	2,3	1,7
Buchdrucker	65850	8091	994	6,6	4,1
Buchbinder	32690	859	57	2,8	3,0
Senefelder-Bund	18978	731	98	4,9	4,1
Notenstecher	445	—	—	—	0,2
Kalographen	428	8	—	1,9	—
Gutenberg-Bund (Christl.)	8265	48	6	1,7	1,2
Graph-Gewerbe (Christl.)	2008	16	4	1,1	1,6

Die Arbeitsnachweisziffern würden dem Vormonate gegenüber auf eine Steigerung des Antrages von Arbeitsfindenden schließen lassen. Bei der Gesamtzahl der berichtenden Arbeitsnachweisse, für die vergleichbare Angaben vorliegen, kamen im August 1912 auf je 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 146 Arbeitsfindende gegen 142 im gleichen Monat des Vorjahres und 140 im Vormonate. Bei den weiblichen Personen sind die entsprechenden Ziffern auf 92, 90 und 97 berechnet. Für die Buchdruckerarbeiten wurden 801 Stellen im Berichtsmonte vermittelt. Auf 100 offene Stellen kamen 102 Arbeitsgesuche im August d. J., im Vormonate waren es 97 und im Monate des Vorjahres 92. Die Lage hat sich nach diesem Bericht gegen den Vormonat und das Vorjahr verschlechtert.

Städtische Arbeitslosenversicherung in Charlottenburg. Der Magistrat wird den Stadtverordneten eine neue Vorlage für eine Arbeitslosenversicherung unterbreiten. Eine Arbeitslosen-

soff für organisierte und nichtorganisierte Arbeiter geschaffen werden. Die erste Vorlage des Magistrats, die den Gewerkschaften einen Beitrag zur Unterstützung Arbeitsloser gewähren wollte, scheiterte an der Mehrheit der Stadtverordneten. Nach der jetzigen Vorlage sollen die organisierten Arbeiter wöchentlich 10 Pf. an die Arbeitslosenversicherung abführen, wofür sie bis zur Höchstdauer von 60 Tagen eine tägliche Unterstützung von 75 Pf. erhalten. Die nicht organisierten Arbeiter zahlen 25 Pf. wöchentlich und erhalten 1,50 Mtl. tägliche Unterstützung.

Neuer Tarifvertrag der Tapeten-Formstecher. Da der Tarifvertrag der Formstecher der Tapetenbranche (zugehörig zum Verband der Lithographen, Steinbrücker und verwandte Berufe) mit dem 1. Oktober d. J. zu Ende ging, haben die Vertreter der beiderseitigen Organisationen in Wiesbaden einen neuen Tarifvertrag vereinbart, der bis zum 31. Oktober 1914 gilt. Vereinbart wurde eine Arbeitszeit von täglich neun Stunden, ein Mindestlohn im ersten Gehilfenjahr von 21 Mtl. (bisher 19,50 Mtl.); auf die zurzeit bestehenden Löhne werden pro Stunde 3 Pf. und ab 1. November 1913 nochmals 1 Pf. zugelegt. Entschädigungen nach § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuches (unverhuldet versäumte Arbeitszeit) werden bis zu zwei Stunden bezahlt; Ueberstunden werden mit 25 Prozent Aufschlag entschädigt.

Die Tarifgemeinschaft der Chemigraphen und Kupferdrucker im Jahre 1911. Der jetzt erschienene Geschäftsbericht bringt zunächst die neue Liste der 154 tarifierten Firmen; zugezogen sind 15 neue Firmen, 12 Firmen mußten aus dem Verzeichnis gelöscht werden. Von den fünf bestehenden Schiedsgerichten haben vier getagt, die 18 Klagen zu entscheiden hatten. Bei diesen Klagen waren zwölfmal die Gehilfen Kläger, sechs mal die Prinzipale. Mit ihren Klagen befaßten sich im Recht die Prinzipale zweimal, im Unrecht zweimal; mit Stimmengleichheit wurden zwei Klagen entschieden. Die Gehilfen waren im Recht viermal, im Unrecht viermal, zwei Klagen wurden mit Stimmengleichheit entschieden, zwei Klagen wurden an den Sachauschuss für Kupferdrucker überwiesen. Von den vier berufungs-fähigen Entscheidungen wurden durch das Tarifamt je eine zugunsten der Prinzipale und Gehilfen entschieden, während es in zwei Fällen zu einer Einigung kam. — Eröbtem die Arbeitslosenziffer gegen das Vorjahr zurückgegangen ist, kann festgestellt werden, daß die Finanzspruchnahme der Arbeitsnachweise eine gegen das Vorjahr wesentlich bessere war. Sämtliche Prüfungskommissionen mußten sich mit Klagen wegen Nichteinhaltung der Preiskonvention beschäftigen. In acht Fällen hatte das Tarifamt zu entscheiden. Zwei Firmen, die es ablehnten, auf gewerbsmäßige Preise zu halten, wurden aus der Tarifgemeinschaft ausgeschlossen, während zwei andere Firmen sich zur Zahlung einer Buße von je 300 Mtl. bereit erklärten, die in die Kasse der Tarifgemeinschaft geflossen sind. Die übrigen versprochen Besserung. Sonstige aus dem Tarif sich ergebende Streitfragen wurden auf schriftlichem Wege mit den Parteien oder mit den Preisvertretern beigelegt. In etwa Jahresfrist wird der Sachauschuss über den Fortbestand der Tarifgemeinschaft und damit über die Revision des Tarifes zu entscheiden haben. Zu diesem Zwecke sollen in den nächsten Monaten statistische Fragebogen an die Mitglieder der Tarifgemeinschaft versandt werden, um einen Ueberblick über die Tariflage zu bekommen.

## Versammlungskalender.

Erfurt. General-Versammlung am 21. Oktober 1912, 8 1/2 Uhr abends, im Lokale „Lübke“. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal. 2. Vorstands-wahl. 3. Geschäftliches. 4. Verschiedenes.

## Adressenveränderungen.

Görlitz. Kassierer: Hermine Stolpe, Cottbusser-Platz 3651.

## Abrechnungen.

Das dritte Quartal haben in dieser Woche abgerechnet: Aftenburg 124.44, Naumburg 732.88, Erfurt 306.08, Görlitz 40.81, Grimma 25.90, Stralsberg 68.17, Königsberg 267.52, Regensburg 61.06, Schwabach 81.62, Waldenburg 72.25 Mtl. S. L o d a h l.





